

Beschluss: Perspektive 2030

Einleitung

Am 26. September 2021 haben wir mit 25,7 Prozent der Zweitstimmen die Bundestagswahl gewonnen – zum vierten Mal seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland sind wir stärkste politische Kraft geworden. Mit Olaf Scholz stellen wir den Bundeskanzler der neu formierten Ampel-Koalition.

Dieser Erfolg ist mit einem Wahlergebnis einhergegangen, das in einiger Hinsicht außergewöhnlich ist. Zum ersten Mal seit 1949 hat keine Partei über 30 Prozent der Stimmen erhalten. Zum ersten Mal wird es eine Koalition auf Bundesebene geben, die drei Parteien aus drei unterschiedlichen politischen Strömungen vereint.

Ob die politischen Kräfteverhältnisse Bestand haben werden, die in der Bundestagswahl von den Wählerinnen und Wählern zum Ausdruck gebracht worden sind, liegt an uns. Starke und eindeutige Parteibindungen haben abgenommen und die Wechselbereitschaft in der Wählerschaft hat zugenommen. Darin liegt für die SPD eine große Chance und Herausforderung zugleich. Wir haben die Möglichkeit, den Zuspruch zu sozialdemokratischen Inhalten und zur SPD zu verstetigen und auszubauen.

Das hat auch damit zu tun, dass sich die öffentliche politische Debatte in den letzten Jahren immer stärker in Teilöffentlichkeiten abspielte. Damit geht einher, dass die Heftigkeit der Auseinandersetzungen zugenommen hat. Das ist keinesfalls ein deutsches Phänomen – wir waren Zeuge von heftigen und polarisierten Debatten in den USA, in Großbritannien, in Frankreich und in vielen weiteren Ländern. Eine wichtige Aufgabe der SPD in den nächsten Jahren wird also darin liegen, die auch in unserer Gesellschaft vorhandenen Fliehkräfte zu stoppen und einen Ort zu bieten, in dem die wichtigen gesellschaftlichen Debatten kontrovers, aber eben auch respektvoll und lösungsorientiert geführt werden. Zugleich erwarten die Bürgerinnen und Bürger Orientierung, klar formulierte politische Positionen und konkrete Ziele.

Der Weg zum Wahlsieg

Wir haben das Wahlergebnis und den Wahlkampf 2017 umfassend analysiert und uns vorgenommen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Das ist uns in vielen Bereichen gelungen und hat uns stark gemacht. Wir haben wichtige programmatische Klärungen vorgenommen. Dabei haben wir die Mitglieder mit neuen und direkten Beteiligungsformaten immer wieder einbezogen. Wir haben die Nominierung unseres Kanzlerkandidaten deutlich früher als bei vorangegangenen Bundestagswahlen vollzogen. Die Arbeit an unserem Wahlprogramm wurde dann gemeinsam mit dem Kanzlerkandidaten und auf Grundlage einer gründlichen Gesellschaftsanalyse begonnen: In einer unübersichtlichen und komplexen Welt, in der große Herausforderungen wie Klimawandel, Globalisierung, soziale Spaltung, internationale Konflikte, Extremismus und Populismus in den Alltag einwirken, wünschen sich viele Bürgerinnen und Bürger Orientierung und Politik mit Alltagsbezug. Das war unser Versprechen: Die SPD wird das Leben und den Alltag der Bürgerinnen und Bürger wieder in den Mittelpunkt rücken. Die Kernbotschaft von Olaf Scholz und unserer Kampagne war daher: Respekt! Auf dieser Grundlage und mit der Expertise aus Partei und Zivilgesellschaft

haben wir ein kurzes und prägnantes Zukunftsprogramm geschrieben – mit klaren Botschaften und Orientierung für die Jahre, die jetzt vor uns liegen.

Im Wahlkampf ist es uns auch gelungen, an wichtige Themen und besondere Problemstellungen in Ostdeutschland anzuknüpfen. Dazu gehören die durchweg niedrigeren Löhne, die geringe Repräsentation von Ostdeutschen, die Herausforderungen ländlicher Räume und die Zukunftschancen der gesamten Region. Als einzige Partei haben wir mit der Idee des ‚Vorsprung Ost‘ und dem Respekt vor den Lebensleistungen der Ostdeutschen ein neues Narrativ für Ostdeutschland gezeichnet. Die SPD ist so die Partei der breiten gesellschaftlichen Mitte des Ostens, die sowohl in den Städten aber auch in den ländlicheren Regionen erfolgreich sein kann.

Unsere programmatische Klarheit war eine wichtige Grundlage für unseren Wahlkampf. Die konkreten Schwerpunkte waren der klimaneutrale Umbau unserer Wirtschaft und geschlechtergerechteren Gesellschaft in Verbindung mit Schutz und Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro, der Kampf gegen Kinderarmut mit einer neuen Kindergrundsicherung, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und die Sicherung der Rente. Die Zustimmung zu unseren Positionen war das eine, ohne das Zutrauen in die Kompetenz und Tatkraft von Olaf Scholz wäre es nicht gegangen.

Unsere Kampagne hat diese Themen mit Mut und Sichtbarkeit umgesetzt. Vorbereitet und organisiert vom Willy-Brandt-Haus, auf die Straße gebracht von unseren Kandidatinnen und Kandidaten und ihren Wahlkampfteams und in tausenden persönlichen Gesprächen vertieft von unseren Mitgliedern vor Ort. Multipliziert durch eine selbstbewusste und kreative Kommunikation in den sozialen Medien. Die vergangenen zwei Jahre und der erfolgreiche Bundestagswahlkampf sind Grund, stolz auf das Erreichte zu blicken. Zugleich sind sie Ansporn für die kommenden Jahre.

Die Aufgaben vor uns

Fortschrittsregierung für einen neuen Aufbruch

Veränderung ist dann ein Fortschritt, wenn sich das Leben der Menschen verbessert. So begreifen wir die großen Aufgaben, die sich uns stellen. Dafür braucht es Mut, Entschlossenheit und gute Ideen. Im Kampf gegen die Klimakrise, für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung, für die Sicherung unseres Wohlstandes, für eine moderne, freie Gesellschaft. Bezahlbare Wohnungen, gute Löhne, eine Kindergrundsicherung, die Kinder aus der Armut holt und stabile Renten sind zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unser Zusammenleben. Das ist die Grundlage des Koalitionsvertrags zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Gemeinsam fühlen wir uns dem Fortschritt verpflichtet.

Die SPD stellt erstmals seit 2005 wieder den Bundeskanzler und kann darüber hinaus in wichtigen Ressorts die Politik prägen. Die Koalitionsparteien waren sich von Anfang an einig, dass es keine Koalition der kleinsten gemeinsamen Nenner geben darf. Wir haben einen Vertrag ausgearbeitet, der aufbauend auf dem gemeinsamen Wunsch nach Gestaltung und Veränderung in vielen Bereichen neue Wege einschlägt.

Aus der Rolle als Partei, die den Bundeskanzler stellt, erwächst auch eine besondere Verantwortung. Unsere Aufgabe besteht darin, unsere Gesellschaft auf dem Weg der Veränderung zusammenzuhalten. Diese Erwartung wird sich vor allem an Olaf Scholz als Kanzler und unser paritätisches Regierungsteam richten. Erfüllen können wir sie nur gemeinsam und wir werden die Kraft und das Engagement aller 400.000 Mitglieder auf allen Ebenen und in allen Funktionen benötigen, um ihr gerecht zu werden. Die in den vergangenen Jahren gelebte Geschlossenheit von Partei, Fraktion und Regierung ist und bleibt die Voraussetzung für das Gelingen guter sozialdemokratischer Politik.

Wenn wir den eigenen Ansprüchen, den Erwartungen der Wählerinnen und Wähler und den großen Herausforderungen in den kommenden Jahren gerecht werden wollen, dürfen wir programmatisch nicht stehen bleiben. Aus Veränderung gerechten und nachhaltigen Fortschritt zu machen wird immer wieder die Überprüfung unserer Maßnahmen und Entwicklung neuer Antworten erfordern.

Fortschritt und Zusammenhalt

Unser Land befindet sich inmitten eines Veränderungsprozesses, der in den kommenden Jahren weiter an Fahrt gewinnen wird: Seit 250 Jahren wird unsere Wirtschaft von Kohle und Öl angetrieben – jetzt wird diese Epoche innerhalb von nur 25 Jahren zu Ende gehen. Dieser Wandel wird vieles verändern – wie wir wirtschaften, arbeiten und leben. Auch die Digitalisierung ist weiterhin ein starker Treiber von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderung, ebenso wie der demographische Wandel. Im Angesicht dieser Veränderungen ist es eine besondere Verantwortung für die Sozialdemokratie, den Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft zu stärken.

Der beschleunigte Wandel wird (neue) gesellschaftliche Debatten und Spannungen hervorrufen. Unsere Aufgabe als SPD ist es, den Diskurs anzuführen, der Debatte eine Richtung zu geben und die politische Kraft zu sein, die dafür sorgt, dass die Transformation für alle gut ausgeht: Neue Mobilitätskonzepte, lebenswerte Städte und Gemeinden, Schulen, die Chancengleichheit und gerechte Bildung für alle bieten, eine saubere Energieversorgung, gute Ernährung und Schutz der Natur, aber auch Teilhabe für alle und betriebliche Mitbestimmung in der Zukunft unseres Wirtschaftens. All das setzt konkret im Alltag von uns allen an und ist unmittelbar mit gerechtem Wandel verknüpft.

Wir wollen die innere und soziale Einheit Deutschlands auch wirtschaftlich vollenden und gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land schaffen. Das heißt konkret: gleiche Löhne, gleiche Renten, eine erreichbare Gesundheitsversorgung in den ländlichen Gebieten, schnelles Internet und eine nachhaltige Mobilität. Die Mittel sollen dorthin gehen, wo der Nachholbedarf am Größten ist.

Die Gestaltung der Arbeitswelt bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Dazu gehört die Sicherstellung guter, fairer Arbeitsbedingungen und Löhne, die Unterstützung der Vereinbarkeit mit Sorgetätigkeit, die Förderung von Sozialpartnerschaft und Tarifbindung, Vollbeschäftigung und sozialem Aufstieg. Für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit über die gesamte Erwerbsbiografie hinweg sind Präventionsmaßnahmen für die Gesundheit ebenso notwendig wie das Recht auf regelmäßige Weiterbildung und auch die Chance, in der Mitte des Berufslebens einen ganz neuen Beruf zu erlernen. Eine sozial-ökologische Vorstellung von guter Arbeit bedeutet aber auch Arbeit, die

innerhalb nachhaltiger Wertschöpfungsketten stattfindet. Gleichzeitig geht es darum, die Zukunft der wachsenden Dienstleistungsbranchen zu gestalten und Perspektiven für gute Arbeit im Lebensverlauf zu entwickeln.

Die Digitalisierung muss politisch gestaltet und angetrieben werden. Die Konturen der Plattformökonomie sind seit Jahren sichtbar. Fragen der Datensouveränität, des Geschlechterverhältnisses, ethische, ökonomische und soziale Fragen im Zusammenhang mit Algorithmen und künstlicher Intelligenz, Blockchaintechnologie, digitalen Währungen und Herausforderungen der Cybersicherheit werden ebenfalls immer stärker in unseren Alltag eindringen und erfordern einen Dialog, der über die Expertinnen und Experten hinaus in die Breite der Gesellschaft geht.

Ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland blickt auf eine familiäre Migrationsgeschichte zurück. Die Anerkennung dieser Realität der deutschen Einwanderungsgesellschaft muss in einer Politik münden, die Integration fördert, Ausgrenzung zurückweist und echte Teilhabe sichert – an Bildungs- und Aufstiegschancen, am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft und auch in der Politik – und damit den Zusammenhalt und wechselseitigen Respekt fördert. Wir sind Teil der großen Mehrheit in Deutschland, die Demokratie, Weltoffenheit und Solidarität lebt und verteidigt. Im Schulterschluss mit einer starken Zivilgesellschaft werden wir jeden Angriff der extremen Rechten auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit aller Entschiedenheit abwehren. Wir solidarisieren uns mit allen, die von rechtsmotivierter Gewalt bedroht oder bereits Opfer geworden sind.

In all diesen Bereichen streben wir nach mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Fehlender Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe, zu Arbeit oder Gesundheitsversorgung - egal ob aufgrund von sozialem Status, Geschlecht, ethnischer Abstammung, Einkommen oder dem Wohnort – nehmen wir nicht hin. Deshalb setzen wir uns für gute Bildung und Betreuung, für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land sowie gegen jede Form von Diskriminierung ein. Wir werden dem Auseinanderdriften von Arm und Reich entgegenwirken und für eine gerechtere Verteilung des Reichtums in Deutschland, Europa und weltweit eintreten.

Das alles bedarf einer zeitgemäßen Definition von Fortschritt. Ein Fortschritt, der wirtschaftliches Wachstum als Mittel zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele begreift, aber Wachstum nicht zum Ziel an sich hat. Wir brauchen eine gesellschaftliche und politische Verständigung darüber, wie Deutschland und Europa wachsen soll.

Europäische und internationale Herausforderungen

Die internationale Politik befindet sich in einem epochalen Umbruch. Die internationale Ordnung, wie wir sie kennen, ist einem bedrohlichen Stresstest ausgesetzt. Größere Mächte setzen eigennützig ihre Interessen durch; autoritäre Entwicklungen sind auf dem Vormarsch. Universelle Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden vielerorts in Frage gestellt oder missachtet. Soziale Ungleichheiten, wirtschaftliche Krisen, ökologische Katastrophen und die Wiederkehr von Krieg und Nationalismus als politische Mittel sind derzeit erdrückende Realitäten, die vielen Menschen in der Welt die Hoffnung auf eine bessere und friedliche Zukunft rauben. Die Corona-Pandemie wirkte dabei wie ein Brandbeschleuniger, der die Ausbreitung von Hunger, Armut und Konflikten verstärkt. In einer Zeit, in der die globalen Herausforderungen nur durch eine große gemeinsame

Kraftanstrengung angegangen werden können, erleben wir eine Schwächung des Multilateralismus. Es braucht neue Impulse, Gegensätze in der Welt abzubauen, neue Blockbildungen zwischen den Großmächten zu verhindern sowie Dialog und Frieden in der Welt zu fördern. Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen ist zentraler Bezugsrahmen unseres internationalen Handelns für eine gerechtere, nachhaltigere und friedlichere Welt.

Dafür ist ein selbstbewusstes und souveränes Europa notwendig. Doch auch in der EU stehen wir vor Herausforderungen. Die Europäische Union hat während der Corona-Pandemie einen Weg des Zusammenhalts und der Solidarität eingeschlagen. Ohne die Sozialdemokratie wäre dies nicht möglich gewesen. Wir wollen diesen progressiven Ansatz fortsetzen. Dieser umfasst auch einen engen Dialog mit unseren Nachbarn außerhalb der EU. Gleichzeitig darf nicht hingegenommen werden, dass populistische und nationalistische Regierungen die Unabhängigkeit der Justiz und grundlegende Rechte beschneiden. Der Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in Europa ist das Fundament für eine geeinte europäische Zukunft. Europa muss gerade in Krisenzeiten in der Lage sein, seine größten Errungenschaften zu verteidigen und sich an neue Situationen anzupassen. Es ist unser sozialdemokratisches Selbstverständnis und es ist die Erwartungen vieler Bürgerinnen und Bürger in Europa, dass die deutsche Sozialdemokratie zukunftsweisende und solidarische Impulse für die Zukunft eines freien, demokratischen, sozialen und souveränen Europas setzt.

Die SPD als Ort des Diskurses und der Debatte

Die Kommunikationsbedingungen haben sich in den vergangenen 20 Jahren fundamental verändert. Soziale Medien und Messengerdienste haben zu immer stärker voneinander abgekoppelten Kommunikationsblasen geführt. Die Folge: eine Selbstbestätigungskultur innerhalb der jeweils eigenen "Bubble" und die Radikalisierung der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Kommunikationsblasen. Weil beides zugleich stattfindet - Selbstreferenzialität und Radikalisierung der Auseinandersetzung -, werden konstruktive kontroverse Debatten immer seltener. Die großen Herausforderungen und ambitionierten Projekte der kommenden Jahre wird unsere Gesellschaft aber nur dann erfolgreich bewältigen, wenn wir das Gespräch miteinander führen. Dazu braucht es natürlich von allen die Bereitschaft, in einen respektvollen Diskurs einzutreten. Es braucht die Bereitschaft, einander mit Respekt, Offenheit und Neugierde zu begegnen. Es braucht zudem Angebote und Orte für diese Gespräche und Kontroversen.

Die SPD will in den nächsten Jahren dieser Debattenort sein. Wir wollen den gesellschaftlichen Dialog zu den oben beschriebenen Fragen führen und damit den Zusammenhalt in der Transformation befördern. Zugleich wollen wir aus diesem Dialog auch Inspiration und Ideen für sozialdemokratische Politik in Bund, Ländern und vor allem vor Ort in den Städten und Gemeinden gewinnen und einspeisen. Angesichts der zunehmenden Zersplitterung der Öffentlichkeit bedeutet das, dass wir den Dialog aktiv dort führen müssen, wo Interessierte und Betroffene sind. Wir wollen in die Betriebe gehen, in die Regionen, Stadtteile und Kieze, zu Verbänden und Organisationen, mit vor-Ort-Formaten ebenso wie digital.

Die Beteiligung unserer Mitglieder

Jedes einzelne Mitglied soll die Gelegenheit haben, unser Programm zu schärfen und unsere Impulse zu entwickeln. Die in den letzten Jahren begonnene konsequente Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten wollen wir weiter stärken. Wir wollen dafür unterschiedliche Formate anbieten: auf digitalen oder auf analogen Veranstaltungen, mit zielgruppenorientierter Ansprache, im direkten Austausch mit der Parteispitze, durch gezielte Abfragen nach Themenschwerpunkten oder durch neue digitale Räume, in denen langfristig an Themen gearbeitet werden kann.

In Vorbereitung der Beschlussfassung zu unseren thematischen Schwerpunkten auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag beteiligen wir unsere Mitglieder und Gliederungen. Der Parteivorstand wird in seinem Arbeitsprogramm einen Prozess aufsetzen, der dies sicherstellt und dabei die neuen Online-Themenforen, das Debattencamp und die Fortführung des Mitgliederbeirats berücksichtigt. Mit Blick auf die programmatische Arbeit und Diskussionen werden wir im Parteivorstand beraten, wann ein geeigneter Zeitpunkt - bevorzugt für einen Parteitag - oder ein Parteikonvent wäre.

Wir wollen unsere Mitglieder dazu befähigen, unsere Programmatik auch vor Ort, in der Zivilgesellschaft und in kommunalen Parlamenten, in wirksame sozialdemokratische Politik zu übersetzen.

Digital Campaigning

Um im Kommunikationsdschungel gehört und wahrgenommen zu werden, liegt ein besonderer Fokus auf unseren organisch gewachsenen Verbindungen in die Gesellschaft. Unsere Mitglieder sind die wichtigsten Botschafter*innen unserer Themen und Positionen: im persönlichen Gespräch mit Freund*innen und Bekannten, am Arbeitsplatz, auf den eigenen Social-Media-Kanälen. Und darum motivieren und befähigen wir sie, für uns als Partei und für unsere Themen einzustehen und um gesellschaftliche Zustimmung zu werben. Dafür wollen wir die Unterbezirke dabei unterstützen, Organizing- und Freiwilligenprojekte durchzuführen.

Unser Ziel sind integrierte Kampagnen, in denen vor Ort über unsere Zukunftsthemen gesprochen wird. Bei der Organisation dieser dezentralen Kampagnen wollen wir die Digitalisierung weiter vorantreiben. Dabei denken wir „online“ und „offline“ nicht in zwei getrennten Sphären, sondern nutzen digitale Werkzeuge, um unsere Parteilarbeit effizienter und offener zu gestalten.

Wir wollen auch zukünftig lernen, unter welchen Umständen Kampagnen wirksam sind. Deswegen verfolgen wir unsere Datenstrategie und datenbasierte Kampagne konsequent weiter. Die gemeinsame Entwicklung digitaler Tools mit den Landesverbänden und Bezirken sowie den Nutzerinnen und Nutzern wollen wir ebenfalls weiterführen.

Netzwerke stärken und ausbauen

Die Debatten über die zentralen Herausforderungen unserer Zeit werden wir nicht nur in unserer Partei führen, sondern einen breiten gesellschaftlichen Dialog organisieren. Viele von uns sind neben ihrer Arbeit in der SPD auch in weiteren Gruppen aktiv – sei es im

Sportverein, der Bürger*innen-Initiative, der Elternpflegschaft oder der Gewerkschaft. Diese starke gesellschaftliche Verankerung macht uns zur Volkspartei.

Die Verankerung in den Betrieben ist dabei ein Schlüssel für weiteres Vertrauen von Arbeitnehmer*innen, die bei der letzten Bundestagswahl zu uns zurückgekommen sind. Projekte wie die bundesweite Arbeitnehmer*innen-Initiative oder unsere Betriebsgruppen werden wir weiter stärken und die enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Betriebsräten und Jugendausbildungsvertreter*innen intensivieren. Dabei wollen wir auch neue Dienstleistungsbereiche gezielt in den Blick nehmen.

Für viele Intellektuelle und Künstlerinnen und Künstler ist die SPD eine politische Heimat und Ort kritisch-konstruktiver Auseinandersetzung mit Gesellschaft und Politik. Diese alte Tradition wollen wir neu beleben. Wir brauchen zur Bewältigung der großen Herausforderungen und Veränderungen grundlegende Debatten über und mit Kunst, Kultur und Wissenschaft. Darüber hinaus gilt es, das Gespräch mit jungen Wissenschaftler*innen zu intensivieren und unsere Netzwerke beispielsweise mit Ökonom*innen und Sozialwissenschaftler*innen zu pflegen und auszubauen. Diese Impulse aus der Zivilgesellschaft sind unerlässlich. Wir wollen Dialog und Diskussion - kein Selbstgespräch.

Die Gleichzeitigkeit von intellektueller Tiefe und Alltagsrelevanz ist der Anspruch. Bei dem Zusammenführen von Theorie und Praxis sind die Arbeitsgemeinschaften ein wichtiger Knotenpunkt der sozialdemokratischen Netzwerkarbeit. Diese Funktion und die Rolle der Arbeitsgemeinschaften wollen wir weiter stärken. Auch unsere Abgeordneten in den Ländern, im Bund, in Europa und unsere kommunalen Politikerinnen und Politiker sind zentrale Akteure beim Aufbau von Netzwerken.

Regionale Handlungsfähigkeit durch organisationspolitische Weiterentwicklung stärken

Wahlerfolge benötigen langen Atem und klaren Fokus. 2022 wird für uns ein wichtiges Jahr. Wir können unsere Erfolgsgeschichte in den Ländern weiterschreiben. Anke Rehlinger im Saarland, Thomas Losse-Müller in Schleswig-Holstein, Thomas Kutschaty in Nordrhein-Westfalen und Stephan Weil in Niedersachsen haben unsere volle Unterstützung. Und auch 2023 werden wir in Bremen, in Bayern und Hessen zeigen, dass die SPD Wahlerfolge erzielt. Aus dem Willy-Brandt-Haus heraus wollen wir mit unseren Dienstleistungen zielgerichtet unterstützen.

Dies gilt auch für die Vorbereitung der Parteistrukturen für den nächsten Bundestagswahlkampf. Denn die Situationen in den Regionen sind sehr unterschiedlich. In einigen Regionen gibt es „weiße Flecken“ ohne gewachsene Parteistrukturen vor Ort. Hier werden wir besondere Anstrengungen unternehmen, um den demokratischen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen. Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern hat gezeigt, dass man Menschen zurückgewinnen und die AfD zurückdrängen kann.

Zusätzlich hat Corona viele Ortsvereine in eine erzwungene Inaktivität versetzt, aus der manche nur schwer wieder herausfinden. Ohne effektive Strukturen vor Ort kann jedoch keine Kampagne gelingen. Deswegen wollen wir flexible Organisationsstrukturen ermöglichen, die abhängig von den regionalen Gegebenheiten und Herausforderungen vor allem kampagnen- und freiwilligenorientierte Partearbeit unterstützen.

Dafür brauchen wir eine Stärkung der Unterbezirke. Diese müssen zum Epizentrum unserer Kampagnen werden. Und wir setzen auf unsere vielen Bundestagsabgeordneten. Insbesondere die neue, junge Generation, die Frauen und unsere Mitglieder mit Einwanderungsgeschichte wollen wir fördern und dazu bestärken, noch mehr Verantwortung in unserer Partei zu übernehmen.

Wir wollen die SPD bis 2025 zur schlagkräftigsten Mitgliederpartei mit der modernsten Parteiorganisation weiterentwickeln. Wir werden den eingeschlagenen Weg fortsetzen, die Digitalisierung konsequent zu nutzen, um breite Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten - auch durch eine professionelle Mitgliederverwaltung - anbieten zu können. So schaffen wir eine moderne Parteiorganisation, die den heutigen Herausforderungen Rechnung trägt. Damit uns dies alles gelingt, wollen wir gemeinsam mit den Landesverbänden und Bezirken gemeinsame Standards entwickeln, um darauf aufbauend zu erörtern, wie wir die dazu notwendigen Zukunftsinvestitionen gemeinsam auf den Weg bringen können.